

Großbanken stehen vor neuer Milliardenstrafe

Mehrere Institute müssen für ihr Fehlverhalten im Devisenhandel büßen. Die Deutsche Bank wird wohl erst einmal nicht belangt. Aber andere Aufseher ermitteln weiter.

Von Norbert Kuls und Markus Frühauf

NEW YORK/FRANKFURT, 9. November Auf der langen Liste von Fehlritten internationaler Banken wird möglicherweise schon in dieser Woche der nächste Punkt mit einer weiteren Milliardenstrafe abgehakt. Nach Medienberichten stehen Aufsichtsbehörden in Großbritannien und den Vereinigten Staaten kurz vor einem außergerichtlichen Vergleich mit insgesamt sieben Großbanken. Die Vorwürfe: Verfehlungen im Devisenhandel. Die Deutsche Bank gehört offenbar nicht dazu, obwohl sie eine führende Rolle im globalen Devisenhandel spielt. Allerdings sind mit diesem Vergleich, dem ersten nach seit mehr als einem Jahr andauernden Ermittlungen, keineswegs alle Untersuchungen von Währungsgeschäften beigelegt. Die Deutsche Bank und einige ihrer Konkurrenten stehen unter anderem im Visier des amerikanischen Justizministeriums. Die als aggressiv geltende Behörde hat strafrechtliche Ermittlungen angestrengt und zuletzt in anderen Fällen Rekordstrafen durchgesetzt.

In dem für diese Woche erwarteten Vergleich haben sich Banken mit der britischen Finanzaufsicht FCA und der amerikanischen Bankenaufsicht OCC offenbar auf Geldstrafen von umgerechnet insgesamt rund 1,9 Milliarden Euro geeinigt. Möglicherweise an dem Abkommen beteiligt sind auch die amerikanische Terminbörsenaufsicht CFTC und die Notenbank Fed, die ebenfalls in der Angelegenheit ermitteln. Zur Kasse gebeten werden die britischen Institute Barclays, HSBC Holdings und die Royal Bank of Scotland Group, die Schweizer UBS sowie die amerikanischen Banken JP Morgan Chase und Citigroup. Die Bank of America hat sich auf einen Vergleich mit der amerikanischen Aufsicht geeinigt und wird von den Briten offenbar nicht belangt.

Die gegen die Banken erhobenen Vorwürfe klingen nicht so drastisch wie erwartet worden war. Ursprünglich standen die Banken unter dem Verdacht, Devisenkurse vorsätzlich manipuliert zu haben. Gerügt wird jetzt aber offenbar nur eine unzureichende Aufsicht über die Angestellten im Devisenhandel sowie Mängel in der internen Kontrolle. Einige Banken dürften zudem gerüffelt werden, weil sie bestimmte persönliche Geschäfte ihrer Angestellten nicht unterbunden haben. So sollen Devisenhändler auf ihre Privatkonten Informationen über große und po-



Filiale der Bank of America in New York: Das Institut hat kurzfristig die Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten um 400 Millionen Dollar erhöht.

Foto Bloomberg

tentiell marktbelegende Aufträge von Bankkunden ausgenutzt haben.

Auf die britische FCA entfällt mit umgerechnet 1,9 Milliarden Dollar der Löwenanteil der Einnahmen. Obwohl die Summe im Vergleich zu den zuletzt in Amerika verhängten Strafen niedrig erscheint, ist es für die britische Behörde ein Rekord. Zum Vergleich: In den Vereinigten Staaten hatte allein die Bank of America im August eine Rekordbuße von 17 Milliarden Dollar an das Justizministerium und mehrere Bundesstaaten geleistet. Die Behörden hatten der Bank vorgeworfen, vor der Finanzkrise falsche Angaben zu Ramschhypotheken gemacht zu haben, die sie an Investoren verkauft hat. Zusammengerechnet zahlten Banken in den Vereinigten Staaten, darunter auch die Deutsche Bank, in Zusammenhang mit der Finanzkrise weit mehr als 100 Milliarden Dollar an Aufsichtsbehörden.

Nachdem die Altlasten der Krise weitgehend beseitigt sind, scheinen Banken

vom Ausmaß der neu aufgetauchten Rechtsrisiken wegen Fehlverhaltens im Devisenhandel oder der mutmaßlichen Manipulation von Referenzzinssätzen überrascht zu werden. So erhöhte die Bank of America am Donnerstag wegen des anstehenden Vergleichs ihre Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten rückwirkend um 400 Millionen Dollar. Das radierte den kleinen Gewinn aus, den die zweitgrößte amerikanische Bank im dritten Quartal gemeldet hatte. Davor hatte wegen der erwarteten Strafe schon der Branchendritte Citigroup sein Quartalsergebnis um 600 Millionen Dollar reduziert. Die betroffenen britischen Institute Barclays, HSBC und Royal Bank of Scotland hatten ihre Rückstellungen um einen jeweils dreistelligen Millionen-Dollar-Betrag ausgeweitet.

Dass die Deutsche Bank nicht zu den Verhandlungen der FCA mit den sechs Großbanken herangezogen wurde, wertete Finanzvorstand Stefan Krause auf der jüngsten Telefonkonferenz mit Analysten als gutes Zeichen. Die Deutsche Bank

sieht sich damit offenbar nicht an der vordersten Front. Diesen Eindruck versuchen auch Führungskräfte zu erwecken, die sich auf interne Untersuchungen der Bank berufen. Doch die Deutsche Bank dürfte kaum ungeschoren davonkommen. Der deutsche Branchenprimus kommt nach Angaben der Publikation „Euromoney“ hinter der Citigroup auf den zweitgrößten Marktanteil im internationalen Devisenmarkt. Auf den nächsten Plätzen folgen alle Banken, die am aktuellen Vergleich beteiligt sind. Im bislang kaum regulierten Währungshandel werden jeden Tag mehr als 5 Billionen Dollar umgesetzt – es ist das größte Segment der internationalen Finanzmärkte.

Die Deutsche Bank ist wegen der Auffälligkeiten im Devisenhandel längst in das Visier der Aufsichtsbehörden geraten. Der Zeitpunkt für mögliche Vergleichsverhandlungen steht bisher aber offenbar noch nicht fest. Die deutsche Aufsicht ermittelt ebenfalls. Die Bafin führt wegen der Affäre um manipulierte Referenzzinsen wie

den Libor oder den Euribor seit geraumer Zeit eine Sonderprüfung der Deutschen Bank durch. Die angeblichen Manipulationen von Wechselkursen haben die Aufseher auch auf den Plan gerufen.

Davon sollen aber auch andere deutsche Institute betroffen sein. Ein Kandidat könnte die Commerzbank sein, die sich im Mai von zwei Mitarbeitern getrennt hat, die polnische Zloty handelten. Auch die Deutsche Bank hat schon persönliche Konsequenzen gezogen. Im Frühjahr wurden in New York drei Devisenhändler entlassen, bei denen Auffälligkeiten im Handel mit dem mexikanischen und argentinischen Peso festgestellt wurden. In London musste eine Händlerin gehen, die für das Geschäft mit Notenbanken zuständig war.

Der anstehende Vergleich von Großbanken im Devisenhandel könnte der Deutschen Bank nun eine Orientierung für die dafür nötigen Rückstellungen geben. Im dritten Quartal hatte sie ihre Vorsorgen für Rechtsrisiken um 894 Millio-

nen auf rund 3 Milliarden Euro aufgestockt. Darunter dürfte sich auch ein erster Teilbetrag für die Devisenaffäre befinden, der sich an Strafen in der Libor-Affäre orientiert.

Nach Ansicht von Analysten muss dafür möglicherweise aber noch eine größere Summe zurückgestellt werden. Der für JP Morgan tätige Analyst Kian Abouhossein erwartet bis Ende 2016 weitere Rückstellungen für Rechtsrisiken in Höhe von 4,1 Milliarden Euro. Sein Kollege Huw Van Steenis von der Investmentbank Morgan Stanley rechnet mit 3,8 Milliarden Euro.

Jürgen Fitschen, der Ko-Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, hatte die eskalierenden Geldstrafen für Kreditinstitute in Amerika kürzlich als unverhältnismäßig und vielfach „nicht nachvollziehbar“ bezeichnet. In seiner Rolle als Präsident des deutschen Bankenverbandes bemängelte Fitschen einen fehlenden Zusammenhang zwischen der Höhe der Strafen und dem Vorteil, den Banken aus ihrem Fehlverhalten gezogen hätten.

NETZWIRTSCHAFT

Die Zukunft des Online-Handels liegt in den Nischen

Der Verkauf über das Internet wächst in Deutschland nicht mehr so schnell wie früher / Eine Studie zeigt aber, dass es für neue Anbieter dennoch Spielraum gibt

magr. FRANKFURT, 9. November. Anfang dieses Jahres malte der Bundesverband E-Commerce und Versandhandel die Online-Handelswelt noch in rosigen Farben. Um 15,5 Prozent werde im Laufe dieses Jahres der Umsatz von Online-Händlern und Offlineversendern wachsen, bei denen Kunden zum Beispiel per Katalog oder Telefon bestellen können. Am Ende des Jahres sollte die Branche so ein Gesamtumsatz von 55,8 Milliarden Euro erreichen, davon sollte der Online-Handel 48,8 Milliarden Euro erwirtschaften.

Vor kurzem erfolgte dann die Korrektur. Ende Oktober senkte der Online-Handelsverband seine Prognose auf eine einstellige Wachstumsquote für dieses Jahr. Die Branche spüre das deutlich gedämpfte Konsumklima in Deutschland, hieß es zur Begründung. Für 2014 werde aber immer noch ein einstelliges Wachstum erreicht, das über dem des Einzelhandels insgesamt liegen soll. „Der interaktive Handel hat sich einen so hohen Anteil am Einzelhandel erarbeitet, dass konjunkturelle Schwankungen das langfristige Wachstum überlagern“, sagte Verbandspräsident Gero Furchheim. Zweistellige Zuwachsraten seien weiter machbar. Aber: „Über den Grad des weiteren Wachstums entscheidet neben dem konjunkturellen Umfeld vor allem, wann neue Angebote bislang wenig versandhandelsaffiner Branchen wie Lebensmittel und Möbel breite Konsumentenschichten überzeugen.“

Dass diese Branchen mit Blick auf den Online-Handel zu den Nischen gehören, zeigt auch eine aktuelle Studie des Marktforschungs- und Beratungsunternehmens Konzept & Markt aus Geisenheim bei Wiesbaden. Das Unternehmen hat

im September fast 10 000 Menschen ab 18 Jahren nach ihrem Online-Shoppingverhalten in den vergangenen zwölf Monaten befragt. In der repräsentativen Befragung kristallisierte sich heraus, dass einige Produktgattungen sehr häufig online gekauft werden. Dazu zählen wenig überraschend Bücher, CDs oder DVDs, die 63 Prozent der Befragten im vergangenen Jahr online gekauft haben. Aber auch Kleidung, Schuhe und Modeaccessoires gehören dazu, genauso wie Elektrogeräte für Haushalt und Büro. Dagegen rangieren Lebensmittel, Tiernahrung oder auch Autoteile und -zubehör sowie Wein und Spirituosen noch zu den Nischenkategorien. Das sei auch ein Hinweis darauf, dass der Online-Handelsmarkt relativ gefestigt sei, sagt Ottmar Franzen, der Geschäftsführer von Kon-

zept & Markt. „Wenn sie sich Nischen erschließen, können aber auch neue Anbieter noch punkten.“

Auch in anderer Hinsicht zeigen die Ergebnisse der Studie, dass Online-Käufer sich in relativ starren Mustern bewegen: Wenn sich Verbraucher über neue Produkte informieren, suchen sie danach mehrheitlich auf amerikanischen Plattformen. Den größten Anteil von Suchvorgängen vereinigt dabei die Suchmaschine des Internetkonzerns Google auf sich. Addiert suchen dort 61 Prozent der Online-Käufer „sehr oft“ oder „oft“ nach Waren oder Dienstleistungen. Auf dem Rang folgt mit 50 Prozent Amazon.com, der größte Online-Händler der Welt. Den dritten Platz nehmen dann Herstellerseiten oder Fachhändler ein, zu denen auch reine Online-Händler zählen, etwa der Berliner Modeversender Zalando oder auch Mehrkanalhändler wie die Hamburger Otto Gruppe. Andere Suchmaschinen, soziale Medien oder Weblogs spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

Die Fixiertheit auf amerikanische Handelsplattformen wie Amazon oder auch Ebay schlägt sich auch in der Zahl der Händler nieder, die überhaupt genutzt werden. „Neben Amazon oder Ebay haben die Käufer zwei bis maximal drei weitere Spezialanbieter“, sagt Franzen. Dabei kommt es aber auf die jeweilige Produktkategorie an, für die sich Verbraucher interessieren. Mit einem Mittelwert von 2,5 kaufen Modeinteressierte bei relativ vielen verschiedenen Anbietern online ein. Den geringsten Wert erreicht die Branche der Weinversender. Dort bestel-

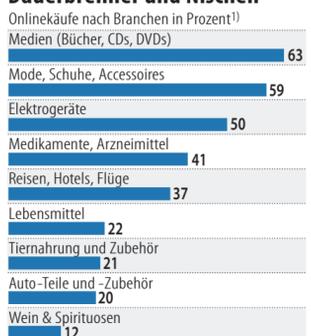
len Online-Shopper im Schnitt bei 1,4 verschiedenen Plattformen. Dabei zeigt sich auch ein gewisser Gewohnheitseffekt. „Wenn Online-Shopper einmal die für sie relevanten Einkaufsplattformen gefunden haben, dann bleiben sie auch dabei“, sagt Franzen. Branchenübergreifend geben 66 Prozent der Befragte an, meistens bei den selben Online-Shops zu suchen. Gut ein Drittel zählt sich hingegen zu der Gruppe, die noch gerne bei bisher unbekanntem Angeboten stöbert.

Je nach Produktkategorie spielt dabei der Preis eine mal mehr, mal weniger wichtige Rolle. Dabei gelte, dass günstige Preise nicht unbedingt billig sein müssen, sagt Franzen. „Es kommt auf das Verhältnis zwischen Preis und Leistung an.“ Nichtsdestoweniger gibt es Branchen, in denen ein niedriger Preis eine

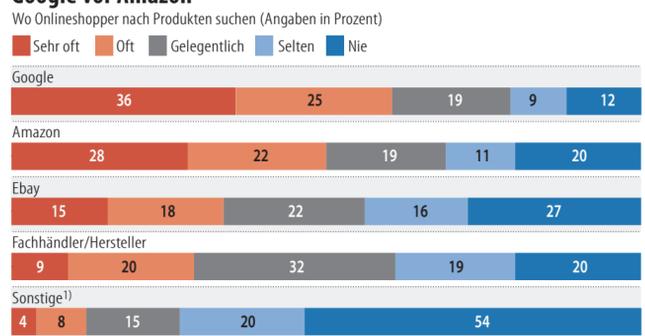
besonders große Rolle als Kaufanreiz spielt. Dazu zählen etwa Medikamente und Arzneimittel, aber auch Autoteile und -zubehör sowie Elektrogeräte. Bei Lebensmitteln oder Möbeln hat ein günstiger Preis hingegen eine weniger wichtige Rolle.

Im Gegensatz dazu bietet die Studie aber auch einen Einblick, auf was Offlinehändler achten sollten, um mit der Online-Konkurrenz Schritt zu halten. Die Verfügbarkeit der Ware ist dabei ein wichtiges Kriterium, das Offline-Shopper als Vorteil gegenüber dem Online-Handel erachten. Die Beratungsleistung, die der stationäre Handel immer als Argument ins Feld führt, ist dagegen eher nachrangig. „Damit die Beratung wieder relevanter wird, müssen Offlinehändler mehr darin investieren“, sagt Franzen.

Dauerbrenner und Nischen



Google vor Amazon



Der Preis als Richtwert



Verfügbarkeit als Argument

